



## **Bayerischer Rechtspfleger-Kurier**

**Mitteilungsblatt des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger e.V.**

**Ausgabe IV 2005**

### **Inhalt**

- Bericht über den Delegiertentag in Kloster Banz von Kurt Rosemann
- Rede ehemaligen Vorsitzenden und Ehrenvorsitzenden des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger e.V. Gerhard Detter
- Neulich im Hauptausschuß - von Dieter Santl
- Unterschriftenaktion des Verbandes ein voller Erfolg
- Prüfungsjahrgang 2005 der Rechtspflegeranwärter OLG Bezirks Bamberg
- Diverses

### **Bericht über die Hauptverwaltungssitzung und den Delegiertentag des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger vom 14. bis 16. Juli 2005 in Kloster Banz**

von Kurt Rosemann

### **"Recht - nur eine Frage des Geldes?"**



Kloster Banz, Bad Staffelstein

Von den Bezirksverbänden Bamberg und Coburg hervorragend vorbereitet und reibungslos abgewickelt fanden vom 14. bis 16. Juli 2005 in Kloster Banz die Hauptverwaltungssitzung und der Rechtspflegertag mit der abschließenden Festveranstaltung statt. Hoch oberhalb des Maintals - im "Gottesgarten" am Obermain - wurden wichtige Weichen für weitere fünf Jahre Verbandsarbeit gestellt.

### **Festveranstaltung**

**Am Samstag, den 16. Juli 2005, in harmonischer Atmosphäre und hervorragend organisiert von**

**den Bezirksverbänden Bamberg und Coburg im historischen Festsaal von Kloster Banz.**

## Eröffnungsrede

In seiner Eröffnungsrede begrüßte der ausscheidende Vorsitzende und neue Ehrenvorsitzende des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger, Gerhard Detter, alle Kolleginnen und Kollegen sowie die in großer Zahl anwesenden Festgäste, darunter viele Repräsentanten der Bayerischen Justiz, Vertreter der Fraktionen, den Vorsitzenden des Bundes Deutscher Rechtspfleger, Hinrich Clausen, den Vorsitzenden des Bayerischen Beamtenbundes, Rolf Habermann, sowie Vertreter der befreundeten Verbände. Er bedauerte, dass dieser Rechtspflegertag nach sehr langer Zeit zum ersten Mal ohne die Anwesenheit des/der Bayerischen Justizministers/-in stattfand, da die Bayerische Staatsministerin der Justiz, Frau Dr. Beate Merk, trotz ihrer ursprünglichen Zusage, die Teilnahme an der Veranstaltung wegen anderer Termine wieder absagen musste.

Eingebaut in seine Begrüßung setzte sich Kollege Detter kritisch mit den wichtigsten verbandspolitischen Anliegen auseinander:

Er monierte, dass der Rechtspfleger mit seinen vormals richterlichen und seinen als Gericht wahrgenommenen Aufgaben bisher keinen Einzug in den Verfassungsrang der Dritten Gewalt gefunden hat. Er monierte auch, dass dem Diktat des Geldes nunmehr auch die Justiz zum Opfer fallen und die jahrzehntelang als Garant der Rechtsstaatlichkeit gepriesene Gerichtsbarkeit mittels einer aus der Sicht des Bürgers sinnlosen "*Kernaufgabentheorie*" in einen Hohlweg getrieben werden soll, an dessen Ende die Zerschlagung der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die Aufgabe

der Rechtseinheitlichkeit in Deutschland und das Ende der Garantie für interessen- und lobbyfreie Besorgung des Rechtsbedarfs des Bürgers stehen.

Er zeigte auf, dass im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit

- im Grundbuch-, Register- oder Nachlassrechtsbereich über riesige wirtschaftliche und persönliche Werte und über langzeitige, nicht ausschließlich auf zwei Prozessparteien beschränkte Regelungen entschieden wird,
- die Gerichte über eingespielte Verfahrensmechanismen verfügen, die dringend erfunden werden müssten, wenn es sie nicht schon gäbe (von notwendigen Korrekturen einmal abgesehen),
- die Justiz sehr große Einnahmen erzielt.

Zitate aus der Rede:

"Welch eigentümliche Philosophie, Geld zu verschenken, wenn man an finanzieller Schwindsucht leidet!"

"Es ist mir noch nicht erklärbar geworden, geschweige denn erklärt worden, worin eine sinnvolle Justizreform mit dem Effekt der Entlastung des Staatshaushalts besteht, wenn z. B. die Nachlassverfahren von den Gerichten auf die Notare übertragen werden sollen, obwohl

- die Gerichte diese Verfahren, unterstützt durch moderne EDV-Technik schnell und effizient erledigen,
- jegliche Interessenskollision von vorneherein ausgeschlossen ist und
- die Landesjustizverwaltungen in Deutschland jährlich einen **Überschuss von über 50 Millionen €** erwirtschaften (samt Einrechnung späterer Versorgungsaufwendungen, aber noch nicht eingerechnet

die durch den prognostizierten enormen Anstieg an Erbvermögen in naher Zukunft steigenden Einnahmen)".

Er bedankte sich bei allen, mit denen er als Vorsitzender des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger zusammenarbeiten durfte.

### **Grußworte sprachen:**

- Joachim Herrmann, MdL, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
- Franz Schindler, MdL, für die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag
- Christine Stahl, MdL, als Vertreterin der Fraktion "Die Grünen" im Bayerischen Landtag Ministerialdirektor Hans-Werner Klotz, Bayerisches Staatsministerium der Justiz.  
Er überbrachte Grüße der Bayer. Staatsministerin der Justiz und bot dem neuen Vorstand eine konstruktive Zusammenarbeit an.
- Georg Müller, Erster Bürgermeister der Stadt Bad Staffelstein
- Hinrich Clausen, Vorsitzender des Bundes Deutscher Rechtspfleger
- Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes

### **Festrede**

Die Festrede hielt Peter Gummer, Präsident a.D. des Bayerischen Obersten Landesgerichts zum Thema

***"Nochmals große Justizreform – Bedeutung der freiwilligen Gerichtsbarkeit am Beispiel des Nachlassverfahrens".***

Hinweis: Die Festrede ist gesondert vollständig abgedruckt (s. Sonderausgabe August 2005).

### **Schlusswort des Vorsitzenden**

Der neue Vorsitzende, Kurt Rosemann, drückte in seinem Schlusswort seine Freude über das zahlreiche Erscheinen der Ehrengäste aus, das er als ein Zeichen der Wertschätzung und Verbundenheit gegenüber dem Berufsstand des Rechtspflegers und gegenüber dem Verband Bayerischer Rechtspfleger sah.

Er erinnerte an die **Erfolge** des Verbands in den vergangenen vier Jahren und gab einem kleinen Ausblick auf die kommende Verbandsarbeit in den nächsten fünf Jahren.

Besonders betonte er die **Forderungen**:

- 1. Keine Übertragung von Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Personen oder Einrichtungen außerhalb der Gerichte! Insbesondere: Keine Übertragung von Nachlassverfahren auf Notare!**
- 2. Beachtung der Sonderstellung des Rechtspflegers - sachlich unabhängiges Organ der Rechtspflege, Einheitlichkeit des Rechtspflegeramtes - bei den beabsichtigten Strukturreformen im öffentlichen Dienst (Strukturreformgesetz)!**

Zu Punkt 1 verwies er auf die Begrüßungsrede des Ehrenvorsitzenden Gerhard Detter, die Festrede des Präsidenten Peter Gummer sowie auf die Überreichung von 4.000 unterschriebenen Flugblättern an den Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz. Er bat ausdrücklich alle Festgäste um ihre Un-

terstützung zur Durchsetzung dieser vom Verband Bayer. Rechtspfleger aufgestellten Forderung.

Zu Punkt 2 wünschte sich der Vorsitzende insbesondere die Unterstützung der Vertreter der Politik, aber auch des Bundes Deutscher Rechtspfleger und des Bayerischen Beamtenbundes.

Anschließend würdigte Kurt Rosemann die Verdienste des ausgeschiedenen Vorsitzenden Gerhard Detter sowie des ausgeschiedenen stellvertretenden Vorsitzenden Peter Herrmannsdörfer und überreichte unter dem Beifall der Ehrengäste und Delegierten Gerhard Detter die Urkunde zum Ehrenvorsitzenden und Peter Herrmannsdörfer die Urkunde zum Ehrenmitglied des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger.

Zum Schluss des Rechtspflegertages bedankte sich der Vorsitzende bei den Vertretern der Fraktionen des Bayerischen Landtags, bei Herrn Ministerialdirektor Klotz und bei den Verbandsvertretern für ihre Grußworte, bei Herrn Präsident Peter Gummer für den Begeisterung und Nachdenklichkeit zugleich auslö-

senden Festvortrag, bei den Mitgliedern des Organisationsteams, Peter Oppel, Jürgen Schneider, Alfons Hollet, Klaus Grabsch, Martina Blöber, Michael Battert, Karl-Heinz Zeibich, Peter Herrmannsdörfer und Peter Hofmann für die hervorragende Vorbereitung und reibungslose Durchführung des Delegiertentages sowie bei Michael Ebert (Flügel) und Veit Meier (Geige) für die abwechslungsreiche musikalische Umrahmung der Festveranstaltung.

### **Stehempfang**



Der Delegiertentag endete mit einem geselligen Stehempfang auf der Maintalerrasse von Kloster Banz.

---

### **Delegiertentag**

Nach der **Eröffnung** des Delegiertentages und der Begrüßung der Delegierten durch den Vorsitzenden, Gerhard Detter, der Bekanntgabe einiger Regularien und der Feststellung der Beschlussfähigkeit wurden die Tagesordnung und die Geschäftsordnung verabschiedet sowie die

Kollegin Wiebke Burkhart (Schriftführerin) und die Kollegen Fritz Benl (Tagungsleiter) und Lorenz Winkler (Beisitzer) in das Tagungspräsidium gewählt.

Das Tagungspräsidium unter dem Vorsitz von Kollegen Fritz Benl leitete den weiteren Delegiertentag.

## **1. Geschäftsbericht, Kassenbericht, Bericht der Rechnungsprüfungskommission, Entlastung für Vorstand und Hauptverwaltung:**

### **Nach eingehender Aussprache über**

- den vom Vorsitzenden Detter schriftlich vorgelegten Geschäftsbericht,
- den von der Kassenführerin Pauli erstatteten Kassenbericht für 2001 bis 2004
- und den von den Rechnungsprüfern Battert und Oppelt erläuterten Prüfungsbericht wurde dem Vorstand und der Hauptverwaltung einstimmig Entlastung erteilt.

## **2. Beratung und Beschlussfassung über den Antrag auf Verabschiedung einer neuen Satzung bzw. über Anträge auf Satzungsänderungen:**



Der von dem Vorstand vorgelegte Satzungsentwurf und die von der Hauptverwaltung vorgeschlagenen Änderungen wurden eingehend diskutiert. Die Neufassung der

Satzung wurde einstimmig beschlossen.

Der genaue Wortlaut der neuen Satzung ist unter dem Menüpunkt "Wir über uns / Satzung" zu finden.

Neben überwiegend redaktionellen Änderungen und der Vereinheitlichung und Präzisierung von Verfahrensabläufen wurden neu geregelt:

- der Ausschluss eines Mitglieds bei Beitragsrückständen
- die Fälligkeit der Beiträge
- die Vertretungsberechtigung des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden
- die Verlängerung der Periode zwischen den Delegiertentagen von "regelmäßig vier" auf "höchstens fünf" Jahre.
- die Zusammensetzung der Hauptverwaltung durch den Entfall der drei Beisitzer.

## **3. Wahl des Vorstands:**

Die Wahl des Vorstands führte in einzelner und geheimer Wahl zu folgendem Ergebnis:

Vorsitzender:

Kurt Rosemann

Stellvertretende Vorsitzende:

Elisabeth Pauli

Claudia Kammermeier

Peter Hofmann

Georg Saffert

Robert Schmid

Schriftführerin:

Christine Hofstetter

Kassenführer:

Dieter Santl

Weitere Daten zum neuen Vorstand unter "Wir über uns / Verband"

#### **4. Wahl der Schriftleiterin des Bayerischen Rechtspfleger-Kuriers, der Studierendenvertreterin und der Rechnungsprüfer:**

Zur Schriftleiterin des Bayerischen Rechtspfleger-Kuriers wurde erneut Daniela Woite gewählt. Jugend- und Studierendenbeauftragte wurde wie bisher Alexandra Mailänder. Rechnungsprüfer wurden Hella Oberhofer und Günther Frohnauer.

#### **5. Haushaltspläne für die Geschäftsjahre 2005 bis 2010:**

Die bisherige Kassenführerin Elisabeth Pauli stellte die Haushaltsvoranschläge für 2005 bis 2010 vor. Sie begründete ausführlich die Notwendigkeit der beabsichtigten Beitragserhöhung. Besonders betonte sie, dass die Mitgliedsbeiträge letztmals 1997 erhöht und auch bei der Einführung des Euro nicht nach oben aufgerundet wurden. Dagegen seien die Ausgaben ständig angestiegen und es sei auch künftig mit steigenden Aufwendungen zu rechnen. Insbesondere bei den Ausgabeposten Geschäftsstelle, Reisekosten (Vorstand und Hauptverwaltung), Zeitschriften (Rpfleger, Rechtspfleger-Kurier und Ruhestandszeitung) und Beiträge (BDR, DBB und BBB) sowie bei den Rücklagen für den nächsten Delegiertentag werden sich Erhöhungen nicht vermeiden lassen. Nach äußerst konträrer, ausgiebiger Diskussion über eine Beitragserhöhung bei Ausleuchtung und Berechnung aller möglichen Sparmaßnahmen kam die Mehrheit der Delegierten zu dem Schluss, dass eine Beitragserhöhung unver-

meidlich sei. Sie stimmten mit 53 Ja- und 22 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, dem vorgelegten Haushaltsvoranschlag und einer Beitragserhöhung zum 01.01.2006 zu.

Die somit ab 1. Januar 2006 gültigen Beiträge betragen:

Aktive Mitglieder:	8,80 Euro
Ehegatten:	5,50 Euro
Pensionisten:	4,50 Euro
Anwärter:	4,40 Euro

Der neue Vorsitzende versicherte, dass der Vorstand trotz der Beitragserhöhung auch weiterhin äußerst sparsam und verantwortungsvoll mit den Mitgliedsbeiträgen umgehen werde.

#### **6. Anträge:**

Der Antrag des Kollegen Daniel Herdegen, Bezirksverband Regensburg, der Verband möge sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Wahlperiode der Jugend- und Auszubildendenvertretung nach dem BayPVG der Wahlperiode des Personalrats anzugleichen sei, wurde nach Erläuterung und Diskussion mehrheitlich angenommen.

#### **7. Ernennung von Ehrenmitgliedern:**

Auf Vorschlag der Hauptverwaltung wurden der bisherige Vorsitzende Gerhard Detter zum Ehrenvorsitzenden und der bisherige stellvertretende Vorsitzende Peter Herrmannsdörfer zum Ehrenmitglied ernannt.

Der Vorsitzende Kurt Rosemann und der stellvertretende Vorsitzende Peter Hofmann würdigten die Verdienste der Geehrten und bedankten sich für die langjährige

Verbandsarbeit mit einem kleinen Geschenk.

### **8. Sonstiges:**

Der Bezirksverband München erklärte sich bereit, den nächsten Delegiertentag im Jahr 2010 auszurichten.

Hinrich Clausen, der Vorsitzende des Bundes Deutscher Rechtspfleger, berichtete über wichtige Punkte der Bundesarbeit, insbesondere über den aktuellen Stand der geplanten Ausgliederungen. Karl-Heinz Fischer, der Vorsitzende des Landesverbands Hessen des Bundes Deutscher Rechtspfleger schilderte die aktuellen Planungen über Auslagerungen (Grundbuchsachen) und Übertragungen (Nachlasssachen) in Hessen.

### **9. Schlussrede des neuen Vorsitzenden:**

Der neue Vorsitzende, Kurt Rosemann, bat für die weitere Verbandsarbeit um die Unterstützung aller Mitglieder. Er forderte alle Anwesenden dazu auf, gemeinsam weiter an der Verwirklichung der Verbandsziele und an Verbesserungen für den Rechtspflegerstand zu arbeiten. Auch wenn vereinzelt das Verhindern von größeren Nachteilen oder negativen Veränderungen bereits als Erfolg gelten muss dürfe man nicht nachlassen, auch höhere Ziele wie weitere Aufgabenübertragungen auf den Rechtspfleger, die Fortsetzung der Nachschlüsselungen, Schaf-

fung zusätzlicher Aufstiegsstellen oder Einführung einer Sonderlaufbahn für Rechtspfleger zu verfolgen. Insbesondere bei Kontakten zu Politikern sollten alle Mitglieder die Gelegenheit nutzen, intensiv für die Anliegen und Interessen der Rechtspfleger und des Rechtspflegerverbandes zu werben und ihren Einfluss geltend zu machen. Aktuelle Verbandsthemen seien jederzeit über die Homepage des Verbandes nachzulesen.

Wichtig erschienen dem Vorsitzenden auch die bevorstehenden Personalratswahlen, voraussichtlich im Mai 2006. Er regte an, sofort nach diesem Delegiertentag damit zu beginnen, Kandidaten für die einzelnen Gremien zu werben. Alle, die das besondere Vertrauen ihrer Kolleginnen und Kollegen genießen, sollten zu einer Kandidatur auf einer Liste des Verbands gewonnen werden. Die Personalvertretungen seien für eine effektive Verbandsarbeit äußerst wichtig.

Abschließend bedankte er sich bei den Mitgliedern des Organisationsteams aus den Bezirksverbänden Coburg und Bamberg für die hervorragende Vorbereitung und Gestaltung der HV-Sitzung und des Delegiertentages sowie bei den Mitgliedern des Tagungspräsidiums, Wiebke Burkhart, Fritz Benl und Lorenz Winkler für ihre reibungslose und straffe Leitung und beendete den Delegiertentag.

## Hauptverwaltungssitzung:

Nach Bekanntgabe einiger Regularien und Feststellung der Beschlussfähigkeit wurden u. a. folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

### 1. Künftige Verbandspolitik:

- **Drohende Übertragung des Nachlassverfahrens auf die Notare**

Der Vorsitzende, Koll. Detter berichtete kurz über die am 12.07.2005 erfolgte Übergabe von knapp **4.000** unterschriebenen Flugblättern an den Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz, Herrn Ministerialdirektor Klotz. Die ursprünglich ins Auge gefasste Übergabe an die Bayerische Staatsministerin der Justiz, Frau Dr. Beate Merk, scheiterte am vollen Terminkalender der Ministerin, die **frühestens Mitte September** für eine Übergabe zur Verfügung gestanden hätte.

Nach Einschätzung des Koll. Detter betrachtet die Spitze des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz die Übertragung der Nachlassverfahren auf die Notare bereits als beschlossene Sache. Der Vorsitzende appelliert daher an die Anwesenden, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, politische Mandatsträger anzusprechen und in unserem Sinne zu sensibilisieren. In diesem Zusammenhang bedankte sich Koll. Detter beim Bezirksverband Traunstein für die mit dem Präsidenten des Bayerischen Landtags, Herrn Glück,

und MdB Dr. Ramsauer geführten Gespräche.

Im Anschluss berichtete Koll. Herrmannsdörfer kurz über eine Veranstaltung des Arbeitskreises öffentlicher Dienst am 12.07.2005. Der Vorsitzende, MdL Prof. Dr. Waschler (CSU), konnte von ihm in einem kurzen Gespräch über unser Anliegen informiert werden.

Koll. Herrmannsdörfer wies auch darauf hin, dass eine Übertragung der Nachlassverfahren auf die Notare bereits 1992 geplant war, dieser Plan aber nicht zuletzt wegen des Widerstandes des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger wieder fallengelassen wurde.

- **Beamtenrechtsstruktureform unter Berücksichtigung der besonderen Stellung des Rechtspflegers**

Ohne dabei unbeabsichtigt den Eindruck bloßer Lobbyarbeit erwecken zu wollen, stimmten alle Anwesenden darin überein, dass die Einrichtung einer Sonderlaufbahn für Rechtspfleger weiterhin Ziel des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger ist. Nur so kann im Rahmen der geplanten Beamtenrechtsstruktureform die Sonderstellung des Rechtspflegers als sachlich unabhängiges Organ der Rechtspflege ausreichend und gerecht berücksichtigt werden.

- **Abbau von Bürokratie und Doppelzuständigkeiten durch Aufgabenübertragung vom Richter auf den Rechtspfleger**

Die Mitglieder der Hauptverwaltung waren sich einig, dass in Zeiten leerer Staatskassen



das gewichtige Argument der Kostenersparnis für das Bestreben des Verbandes nach Abbau von Bürokratie und Doppelzuständigkeiten durch Aufgabenübertragung vom Richter auf den Rechtspfleger besonders bedeutend erscheint.

## **2. Vorschläge der Hauptverwaltung an die Delegierten des Rechtspflegertages:**

Die Mitglieder der Hauptverwaltung beschlossen, den Delegierten für den Rechtspflegertag als Empfehlung vorzuschlagen:

- die Annahme einer von der Vorstandschaft ausgearbeiteten Geschäftsordnung für die Durchführung des Delegiertentages
- die Kollegen Fritz Benl (Tagungsleiter) und Lorenz Winkler (Beisitzer) sowie die Kollegin Wiebke Burkhart (Schriftführerin) als Mitglieder für das Tagungspräsidium des Delegiertentages zu wählen
- für die Jahresabschlüsse 2001 mit 2004 Entlastung zu erteilen
- den Bericht der Rechnungsprüfungskommission positiv zur Kenntnis zu nehmen
- den Kollegen Gerhard Detter zum Ehrenvorsitzenden und den Kollegen Peter Herrmannsdörfer zum Ehrenmitglied zu ernennen.

## **3. Beratung und Beschlussfassung über den Antrag auf Verabschiedung einer neuen Satzung bzw. über Anträge auf Satzungsänderungen:**

Der Vorsitzende verwies auf den von der Vorstandschaft vorgelegten Satzungsentwurf und auf den Antrag des Bezirksverbandes Augsburg vom 09.03.2005 auf eine Satzungsänderung.

Der Entwurf wurde vom Vorsitzenden eingehend erläutert und von den Mitgliedern der Hauptverwaltung eingehend diskutiert. Es wurde festgestellt, dass der Antrag des BV Augsburg auf Verlängerung der Periode zwischen den Delegiertentagen auf fünf Jahre in dem Satzungsentwurf enthalten ist. Der Satzungsentwurf wurde in einigen Punkten abgeändert.

Die Hauptverwaltung beschloss, den leicht abgeänderten Entwurf den Delegierten zur Annahme vorzuschlagen.

## **4. Wahl des Vorstands:**

Bezüglich der beim Delegiertentag durchzuführenden Vorstandswahl und der vorgeschlagenen Kandidaten wurde auf den Beschluss der Hauptverwaltung im Januar 2005 verwiesen.

Ergänzend sprach sich die Mehrheit der Hauptverwaltung dafür aus, die nach der neuen Satzung mögliche Anzahl von fünf stellvertretenden Landesvorsitzenden auszuschöpfen.

**Die Sitzung endete mit dem Schlusswort des Vorsitzenden.**

## **Pressegespräch am Rande der Hauptverwaltungssitzung:**

Am Rande der Hauptverwaltungssitzung fand anlässlich des Delegiertentages ein Gespräch zwischen dem Vorstand und Vertretern der örtlichen Presse statt.

**Rede ehemaligen Vorsitzenden des Verbands Bayer. Rechtspfleger e.V. und Ehrenvorsitzenden Gerhard Detter zur Eröffnung der Festveranstaltung des Delegiertentags 2005 am 16. Juli 2005 in Kloster Banz**



Verehrte Festgäste,  
es ist mittlerweile schon eine kleine Tradition, dass der Verband für die musikalische Ausgestaltung seiner Festakte junge Künstler heranzieht. Er will dadurch dazu beitragen, jungen Künstlern ein Forum zu verschaffen, um den musikalischen Nachwuchs ein wenig fördern zu helfen.

Die musikalische Umrahmung gestalten diesmal:

Michael Ebert, Klavier (Flügel) und Veit Meier, Violine, Musikstudenten in Weimar.

Meine Damen und Herren,  
der Delegiertentag hat gestern eine neue Vorstandschaft gewählt, die bekannt zu geben ich Ihnen vorab schulde:

- Zum Vorsitzenden wurde Koll. **Kurt Rosemann**, zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Kolleginnen **Claudia Kammermeier** und **Elisabeth Pauli**, die Kollegen **Peter Hofmann**, **Robert**

**Schmid** und **Georg Saffert** gewählt.

- Für die Kassengeschäfte zeichnet künftig Kollege **Dieter Santl** verantwortlich,
- Schriftführerin ist Kollegin **Elisabeth Pauli**,
- als Vertreterin der Studierenden im Verband wurde Kollegin **Alexandra Mailänder** wieder gewählt,
- Schriftführerin des Rechtspflegerkuriers ist wie bisher Kollegin **Daniela Woite**.

Als nunmehr vom Verband in den Ruhestand versetzten ehemaligem Vorsitzenden wurde mir quasi als Abgesang die ehrenvolle Aufgabe übertragen, Sie, die hohe Festversammlung zu begrüßen.

Das hängt - so meine letzte Hoffnung als Verbandssaurier - weder mit der Urzeitsammlung von Banz noch damit zusammen, dass man mir eine Zwangsklausur in klösterlicher Abgeschlossenheit zur Sammlung meiner letzten Gedanken zuge-dacht hat.

Mit meiner Begrüßung verbinde ich die Gelegenheit mich von Ihnen zu verabschieden, was mir angesichts der vielen oft sehr langjährigen guten Verbindungen nicht leicht fällt.

Es erfüllt mich mit Stolz und Freude, dass Sie, verehrte Gäste, unserer Abschlussveranstaltung die Ehre Ihrer Anwesenheit geben und sie damit zu einer echten Festveranstaltung machen.

Um etwaige Verletzungen der schwierigen, nämlich richtigen, protokollarischen Reihenfolge bei der Begrüßung hochgestellter Gäste zu

entschuldigen, grüße ich Sie vorab in toto.

Seien Sie gleichermaßen alle herzlich willkommen (als alter Grundbuch-Mensch würde ich sagen: "im Gleichrang").

Im Einzelnen begrüße ich die Vertreter der Politik:

Leider haben die meisten Damen und Herren Bundes- und Landtagsabgeordneten ursprüngliche Zusagen wegen der besonderen aktuellen politischen Lage zurückgenommen, etliche konnten wegen gleichzeitig stattfindender Parteiveranstaltungen unserer Einladung keine Folge leisten.

Besonders bedauere ich, dass ich Frau Staatsministerin **Dr. Merk** heute nicht begrüßen kann, hätte ich sie doch in diesen nach unserer Auffassung für die Bayerische Justiz und unseren Berufsstand kritischen Phase an unserer Seite erwünscht. Nach meiner Erinnerung ist es nach sehr langer Zeit zum ersten Mal, dass ein Bayerischer Rechtspflegertag des Verbandes ohne Anwesenheit des Justizministers bzw. der Justizministerin stattfindet.

Ich begrüße sehr herzlich die Abgeordneten des Bayerischen Landtags

- Herrn **Joachim Herrmann**, Fraktionsvorsitzender der CSU,
- Herrn **Franz Schindler**, Vertreter der SPD-Fraktion und Vorsitzender des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen, und
- Frau **Christine Stahl**, Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich nehme mir den Optimismus heraus zu glauben, dass die 3 Fraktions-

vertreter, die Grußworte sprechen werden, nicht aus bloßer protokollarischer Repräsentationspflicht anwesend sind, sondern dass sie in einer für den Staat und seinen öffentlichen Dienst, insbesondere auch für die Justiz besonders schwierigen Umbruchszeit durch ihre Teilnahme an der heutigen Festveranstaltung die Stellung und Bedeutung der Rechtspfleger in der Dritten Gewalt unterstreichen wollen.

Mit und durch den Rechtspfleger als sachlich unabhängigem Entscheidungsträger steht der Dritten Gewalt eine Stütze zur Verfügung, die sich auf menschlich und wirtschaftlich besonders hochwertige Rechtsgüter spezialisiert hat, die in der Kosten-/Nutzen-Analyse besonders effizient und - nach unserer begründeten Meinung unangemessen - billig weil unterbesoldet arbeitet und die kraft ihres Fachstudiums noch weitere Aufgaben übernehmen und dadurch ganz wesentlich zur Kostendämpfung der Staatsausgaben beitragen könnten.

Dies ist leider aus unterschiedlichen Gründen, sei es aus Unaufmerksamkeit, sei es aus ängstlichem Pfründendenken, bis heute nicht in gebührender Weise manifestiert worden.

Die Justiz ist somit insoweit ihren Aufgaben, einen Beitrag zur Kostensparung und zu einer effektiven Reform bisher nicht nachgekommen. Unsere Vorschläge liegen seit Jahren auf dem Tisch.

Ich weiß, dass ich auch bei der heutigen Festveranstaltung nicht ungeteilte Zustimmung und Sympathie ernte, wenn ich moniere, dass

- ich es nach wie vor für systemwidrig, rechtsstaatlich und mit Logik nicht nachvollziehbar halte, dass der Rechtspfleger mit seinen vormals richterlichen und seinen als Gericht wahrgenommenen Aufgaben bisher keinen Einzug in den Verfassungsrang der Dritten Gewalt gefunden hat, und wenn ich moniere, dass
- dem Diktat des Geldes nunmehr auch die Justiz zum Opfer fallen und die jahrzehntelang als Garant der Rechtsstaatlichkeit gepriesene, noch nach der deutschen Wiedervereinigung mit höchster Priorität versehene Gerichtsbarkeit mittels einer aus der Sicht des Bürgers sinnlosen monotheistischen "*Kernaufgabentheorie*" in einen Hohlweg getrieben werden soll, an dessen Ende die Zerschlagung der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die Aufgabe der Rechtseinheitlichkeit in Deutschland und das Ende der Garantie für interessen- und lobbyfreie Besorgung des Rechtsbedarfs des Bürgers stehen.

Gerade die durch so genannte Öffnungs- oder Experimentierklauseln drohende Preisgabe der vor über 100 Jahren mühsam errungenen Rechtseinheitlichkeit in Deutschland und dadurch eines bisher ganz wesentlichen, vielleicht im Zuge schwindender Wirtschaftskraft letzten Eckpfeilers des Standorts Deutschland könnte sich als entscheidender, nicht wieder gutzumachender Fehler erweisen.

Im Wandel der Gesellschaft, auch und vor allem angesichts immer komplexer werdender wirtschaftlicher Systeme als tragender Säule des Gemeinwesens und angesichts eines völlig anders gearteten An-

spruchs des Bürgers auf Unverletzlichkeit seiner Persönlichkeitsrechte (ich verweise beispielgebend auf die immensen Erwartungen und Auswirkungen beim Betreuungsrecht oder beim Insolvenzrecht) hat die so genannte vorsorgende oder fürsorgende Rechtsprechung einen gegenüber früher immens gewachsenen und weiter wachsenden Stellenwert, der zwingend an die Unabhängigkeit der Gerichte gebunden ist, die allein absolut frei von Interessenskonflikten handeln.

Es darf nicht sein, dass die Justiz zur Spielwiese von Leuten wird, die es schon als Reform preisen, wenn sie noch nie oder schon lange nicht mehr Erdachtes zu Papier bringen.

Seit Jahren umschwirren uns große und kleine Justizreformen, denen gemeinsam ist, dass sie nie zu einem tragfähigen Ergebnis kommen.

Öffnungsklauseln sind keine Alternativen für die Unfähigkeit, das deutsche Recht zu reformieren.

An die dringende Reform der streitigen Zivil- und der Strafgerichtsbarkeit, die von Richtern ausgeübt wird, getraut sich in den Landesjustizverwaltungen und im Bundesjustizministerium niemand, obgleich in diesen Bereichen die riesigen Kostendefizite bestehen.

Deshalb stürzt man sich nunmehr offensichtlich auf die Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit mit ihrer überwiegenden Rechtspflegerezuständigkeit, die durch das Bundesverfassungsgericht zur gerichtsorganisatorischen Verwaltungstätigkeit degradiert wurde und so vermeintlich schutzlos geworden ist.

Ich rufe allen Reformatoren zu:

- Im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit, z. B. im Grundbuch-, Register- oder Nachlassrechtsbe-

reich wird über riesige wirtschaftliche und persönliche Werte und über langzeitige, nicht ausschließlich auf zwei Prozessparteien beschränkte Regelungen entschieden,

- im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit verfügen die Gerichte über eingespielte Verfahrensmechanismen, die dringend erfunden werden müssten, wenn es sie nicht schon gäbe (von notwendigen Korrekturen einmal abgesehen),
- im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit erzielen die Justizhaushalte ihre Einnahmen. Welch eigentümliche Philosophie, Geld zu verschenken, wenn man an finanzieller Schwindsucht leidet!

Ich appelliere an Sie, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, verhindern Sie das Entstehen eines kleinstaatlerischen, kleingeistigen Fleckerlteppichs bei der Rechtsgestaltung und -anwendung und erhalten Sie die freiwillige Gerichtsbarkeit bei den Gerichten, wo sie seit einem Jahrhundert in besten Händen ist.

Sollte dies alles umsonst erdacht und errichtet worden sein? Oder beweist sich die Behauptung *Osborne's*: "Wer ein schlechtes Gedächtnis hat, erspart sich viele Gewissensbisse"?

Es kann und darf nicht sein, dass sich Justizreform so artikuliert, dass sich z. B. die Gerichte zwar als "*Kernaufgabe*" defizitär mit Bagatellklagen befassen müssen, während die trotz moderater Gebühren für den Bürger einnahmeträchtigen Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit abgestossen werden.

Es ist mir noch nicht erklärbar geworden geschweige denn erklärt worden, worin eine sinnvolle Justizreform mit dem Effekt der Entlastung

des Staatshaushalts bestehen soll, wenn z. B. die Nachlassverfahren von den Gerichten auf die Notare übertragen werden sollen, obwohl

- die Gerichte diese Verfahren unterstützt durch ein ausgeklügeltes EDV-Verfahren schnell und effizient erledigen,
- jegliche Interessenskollision von vorneherein ausgeschlossen ist und
- die Landesjustizverwaltungen in Deutschland jährlich einen Überschuss von über 50 Millionen € erwirtschaften (samt Einrechnung späterer Versorgungsaufwendungen, aber noch nicht eingerechnet die durch den prognostizierten enormen Anstieg an Erbvermögen in naher Zukunft steigenden Einnahmen).

Schon regen sich in der Folge wieder die totgeglaubten Forderungen nach einer Demontage der Grundbuch- und Registergerichte.

Es ist unerträglich,

- wenn ein Justizminister heute öffentlich erklärt, der Spuk der "*Bodenmanagementbehörde*" sei endgültig in der Schublade verschwunden, den gleichen aberwitzigen Plan aber wenige Tage später wieder auf den Tisch legt, oder
- wenn die längst als untauglich erkannten Forderungen der IHK, ihnen die Handelsregisterverfahren zu übertragen, nicht durch ein bundeseinheitliches Machtwort zum endgültigen Schweigen gebracht werden.

Meine Damen und Herren, verhindern Sie, dass im Motto unseres diesjährigen Delegiertentags "*Recht – nur noch eine Frage des Geldes?*" nur das Fragezeichen wegfällt.

Ich begrüße die Repräsentanten der gastgebenden Region:

Mein Gruß und mein Dank für die freundliche Aufnahme in der Stadt Bad Staffelstein gilt dem Oberhaupt der Stadt, Herrn Ersten Bürgermeister **Georg Müller**, der ebenfalls ein Grußwort sprechen wird.

Ich begrüße den Regierungspräsidenten von Oberfranken, Herrn **Hans Angerer** und seine Gattin, Frau **Constanze Angerer**, die zugleich in ihrer Eigenschaft als Präsidentin des LG München I unserer Einladung gefolgt ist. Frau Angerer ist nicht nur die Hausherrin des Justizpalastes München, in dem unser Verband seine Geschäftsstelle angemietet hat; sie hat sich früher auch mit Hingabe und Erfolg der fachtheoretischen Ausbildung der Studierenden des Fachbereichs Rechtspflege, also unserer Kolleginnen und Kollegen, gewidmet.

Ich begrüße den Vertreter des Landrats des Landkreises, den stv. Landrat und Bürgermeister **Peter Riedel**.

Mein Gruß gilt den Repräsentanten der Justiz.

Ich heiße gerne willkommen den Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und des OLG München, Herrn **Dr. Karl Huber**.

Mit dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz verbindet uns - und das sage ich ausdrücklich auch aus meiner persönlichen Sicht - über Jahrzehnte ein vertrauensvolles, faires und konstruktives Miteinander. Ohne dieses wäre eine sinnvolle

Arbeit unseres Verbandes sehr erschwert worden. Umgekehrt sehe ich es auch für das Ministerium als Vorteil an, in unserem Verband einen sachorientierten Partner ohne Arglist zu haben. Dies gilt auch und insbesondere dann, wenn - wie derzeit in der Frage der Übertragung der Nachlassverfahren - tiefgreifende konträre Standpunkte bestehen.

Ich freue mich begrüßen zu dürfen

- den Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz, Herrn Ministerialdirektor **Hans-Werner Klotz**, der ein Grußwort sprechen wird, und
- seinen Vorgänger im Amt, Herrn **Wolfgang Held**, mit dem uns eine langjährige echte Partnerschaft verbunden hat und dessen Teilnahme an der heutigen Festveranstaltung trotz der bekanntlich zeitlichen Überlastung der Pensionisten auch für mich persönlich eine Auszeichnung ist.

Sehr herzlich begrüße ich den Leiter der Personalabteilung des Justizministeriums, Herrn Min.-Dirig. **Peter Werndl** und seine Gattin, Frau **Angelika Werndl**.

Herr Werndl hat mit dem ihm eigenen Scharfsinn frühzeitig erkannt, welches Potential für die Justiz in den Rechtspflegern steckt; er hat uns in unseren realistischen, wohlwogenen Forderungen stets besonders unterstützt und ist so objektiv zu einem geachteten Freund der Rechtspfleger geworden.

Mit gleicher Freude begrüße ich den für die Rechtspfleger zuständigen Personalreferenten des Staatsministeriums der Justiz, Herrn **Dr. Thomas Dickert**, mit dem mich aus meiner ehemaligen Tätigkeit als

Hauptpersonalratsvorsitzender und als - jetzt muß ich sagen ehemaliger - Vorsitzender des Verbandes ein ausgesprochen positives Zusammenwirken verbunden hat, das zu beenden ich bedauern muß.

Als vertrauensvollen Partner des Staatsministeriums der Justiz und obersten Personalvertreter begrüße ich den Vorsitzenden des Hauptpersonalrats, Herrn **Robert Schmid**, mit dem ich einen exzellenten Nachfolger in meiner langjährigen Eigenschaft als Vorsitzender dieses hohen Gremiums und einen Garanten für die Fortsetzung der traditionell sehr guten Zusammenarbeit zwischen oberster Dienstbehörde und oberster Personalvertretung gefunden habe.

Vollzählig erschienen sind die Leiter bzw. stv. Leiter der Mittelbehörden:

### **Ich begrüße sehr herzlich**

- den Präsidenten des OLG Nürnberg, Herrn **Prof. Dr. Stefan Franke**, samt seinem Pressesprecher, Herrn **Dr. Eick**, und dem Dienstleiter, Herrn **Herbert Böbel**,
- den Vizepräsidenten des OLG Bamberg, Herrn **Wolfgang Adler**,
- den Generalstaatsanwalt Nürnberg, Herrn **Dr. Roland Helgerth** mit Gattin, sowie den Geschäftsleiter, Herrn **Werner Meyer**,
- den Generalstaatsanwalt München, Herrn **Dr. Christoph Strötz**,
- und in Vertretung für den Generalstaatsanwalt Bamberg Frau **Marion Amann-Frank** mit dem Geschäftsleiter, Herrn **Georg Dittmar**.

Die Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts bedauern wir noch immer. Der Verlust an höchstrichterlicher Rechtsprechung dieses bundesweit hochangesehenen Gerichts wird nach meiner Ansicht zu einer Zersplitterung der Rechtsprechung durch die deutschen OLG führen, was Kosten- und Zeitverluste für die rechtsuchenden Bürger steigert, die mit Sicherheit sehr bald die erzielten Einsparungen durch die Abschaffung des BayObLG übersteigen werden.

Es freut mich, dass der letzte amtierende Präsident des BayObLG, Herr **Peter Gummer**, nicht nur anwesend ist sondern heute den Festvortrag halten wird. Ich begrüße Sie, lieber Herr Gummer, sehr herzlich und erwarte gespannt Ihre Festrede.

Die Umsetzung der stellenpolitischen und beamtenrechtlichen Vorgaben erfolgt in der Praxis weitgehend durch die Personalreferenten der Mittelbehörden, die ich herzlich begrüße:

- Herrn **Walter Horn** für das OLG München, und
- Herrn **Michael Hauck** für das OLG Nürnberg und

Mit Freude heiße ich auch den bis vor kurzem amtierenden Personalreferenten beim OLG München, Herrn **Michael Haußner** willkommen, der sich als Generalstaatsanwalt in Thüringen noch höheren Aufgaben stellt. Ich sehe es als besondere Wertschätzung für unsere Arbeit an, dass Sie, lieber Herr Haußner, trotz Ihres Amts- und Ortswechsels spontan Ihre Teilnahme an der Veranstaltung zugesagt haben.

Ohne geistige Nahrung kann man nicht Rechtspfleger werden und kein guter Rechtspfleger bleiben.

Als intellektuelle Ausstatter der Rechtspfleger gelten zwei uns seit langer Zeit nahestehende Institutionen,

- der Fachbereich Rechtspflege der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (den Namen sich vollständig merken zu können erfordert bereits ein gehobenes Gedächtnis) und
- der Verlag Gieseking.

Der Fachbereich vermittelt mit seiner straffen Organisation, seinem ausgeklügelten Stoffplan und vor allem durch die Qualität seiner Dozenten in nur 3 Jahren eine erstaunliche Fülle von Wissen. Das hohe Niveau der Fachtheorie und die Anwendung des Erlernten in den Fachpraktika ermöglichen es, dass die Fachhochschulabsolventen sofort am Arbeitsplatz eingesetzt werden können.

Ich hatte das Vergnügen, 30 Jahre als nebenamtlicher Dozent im Fachbereich mitwirken zu dürfen (auch wenn ich nun dort nicht mehr am Arbeitsmarkt vermittelbar bin) und in zahlreichen vertrauensvollen Gesprächen die Vorstellungen unseres Berufsverbands einbringen zu können.

Ich begrüße die Leiterin des Fachbereichs, Frau **Lore Sprickmann-Kerkerinck**, die auch in Vertretung für den verhinderten Präsidenten der Fachhochschule, Herrn Brey, erschienen ist, und danke für die enge Verbindung von Fachhochschule und Verband.

Der Gieseking Verlag verlegt zahlreiche für die Ausbildung der Stu-

dierenden aber auch für die tägliche praktische Arbeit unerlässliche Fachbücher und -zeitschriften, allen voran die Fachzeitschrift "Der Deutsche Rechtspfleger".

Ich freue mich, den langjährigen Freund und Gönner unseres Verbandes, den Verlagsinhaber, Herrn **Dr. Klaus Schleicher**, auch heuer wieder als unseren Gast begrüßen zu dürfen.

Zurück zu den Repräsentanten der Justiz:

Mit ihrer Anwesenheit beehren uns zahlreiche Präsidenten von Landgerichten, Leitende Oberstaatsanwälte, Direktoren von Amtsgerichten aus dem regionalen Bereich der diesen Delegiertentag ausrichtenden BV Bamberg und Coburg und Geschäftsleiter.

Ich begrüße

die Präsidenten der Landgerichte

- Augsburg, Herrn **Manfred Wick**,
- Bamberg, Herrn **Georg Kröppelt**,
- Bayreuth, Herrn **Manfred Werth**,
- Coburg, Herrn **Dr. Friedrich Eichfelder**,
- Nürnberg-Fürth, Frau **Dagmar Schuchardt**,
- Regensburg, Herrn **Peter Küspert**, und
- Würzburg, Herrn **Peter Schauff**,

die Leitenden Oberstaatsanwälte

- Aschaffenburg, Herrn **Erhard Becker**,
- Bamberg, Herrn **Joseph Düsell**,
- Coburg, Herrn **Michael Rank**,
- München I, Herrn **Christian Schmitt-Sommerfeld** und
- Würzburg, Herrn **Clemens Lückemann**,

die Direktoren der Amtsgerichte



- Bamberg, Herrn **Norbert Sieben**,
- Coburg, Herrn **Eugen Schorr**, und
- Lichtenfels, Herrn **Armin Wagner**,

und die Geschäftsleiterinnen und Geschäftsleiter

- des AG Bamberg, Herrn **Hermann Held**,
- des LG Coburg, Herrn **Günter Görtler**,
- der StA Coburg, Herrn **Hubert Geißendörfer**,
- des AG Kronach, Herrn **Walter Karl**, und
- des AG Lichtenfels, Frau **Brigitta Kraus**,

sowie den Leiter der LJK Bamberg, Herrn **Volker Hirschmann**.

Es ist schön, bei Festveranstaltungen durch die Anwesenheit von befreundeten Organisationen und Verbänden geehrt zu werden.

Leider kann ich den Vorsitzenden des Bayerischen Notarvereins, Herrn **Dr. Hans Wolfsteiner** nicht begrüßen, da er trotz mehrmaliger Zusage ohne Mitteilung nicht erschienen ist. Mit den bayerischen Notaren, die wir wegen ihrer Fachkompetenz schätzen, und die vor allem im Bereich der Grundbuch-, Register- und Nachlassverfahren täglich mit den Rechtspflegern zusammenarbeiten, verbindet uns seit jeher ein gutes Verhältnis. Ich bedauere zutiefst, dass wegen unserer gänzlich anderen Einschätzung über den Sinn einer Übertragung von Nachlassverfahren Irritationen aufgetreten sind. Wir halten uns aber zugute, dass wir unsere Sachargumente gerade deshalb für gerechtfertigt halten, weil wir nicht an der fachlichen Kompetenz der Notare zweifeln.

Mein Gruß gilt dem Vorsitzenden des Bayerischen Richtervereins, Herrn **Horst Böhm**, den ich seit Jahren persönlich schätzen gelernt habe. Ich danke dem Bayerischen Richterverein ausdrücklich dafür, dass er die Unterschriftenaktion des Verbandes im Zusammenwirken mit der DJG LV Bayern gegen eine Übertragung von Nachlassverfahren unterstützt hat.

Ich begrüße den Chef unseres Bundesverbandes, den Vorsitzenden des Bundes Deutscher Rechtspfleger, Herrn **Hinrich Clausen**, der ein Grußwort sprechen wird. Der BDR als Dachorganisation der deutschen Rechtspfleger ist um seine Aufgabe nicht zu beneiden, da er in besonderem Maße gegen die drohende Rechtszersplitterung in Deutschland zu Felde ziehen muß.

Eine besondere Freude ist es mir, dass ich den vielbeschäftigten Vorsitzenden des Bayerischen Beamtenbundes, Herrn **Rolf Habermann**, in unserer Mitte begrüßen darf. der das letzte Grußwort der heutigen Veranstaltung sprechen wird.

Mit Herrn Habermann haben wir einen herausragenden Sachwalter für die Rechte der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Pensionäre und Rentner des Freistaats Bayern, aber auch einen verständnisvollen Partner unseres Verbandes.

*"Was man in der Jugend wünscht, hat man im Alter in Fülle"*, könnte man Goethe zitieren. Dass dies heute in besonderem Maße nicht mehr gilt, jegliche Verlässlichkeit auf einstmals unverrückbar geltende Vertrauensgrundsätze permanent ad absurdum erklärt wird, ist ein unerträgliches Phänomen unserer Zeit.

Rolf Habermann engagiert sich unablässig gegen diese Tendenzen und hat zuletzt vor wenigen Tagen in einer eindrucksvollen Rede dem bayerischen Finanzminister und zahlreichen anderen anwesenden Politikern die Folgen dieses fatalen Irrwegs vor Augen geführt.

Mit dem Chef des Bayerischen Beamtenbundes geben unserer Veranstaltung die Ehre ihrer Anwesenheit

- der Vorsitzende des Landesverbands der bayerischen Justizvollzugsbediensteten, Herr **Anton Bachl**,
- der Vorsitzende der Deutschen Justizgewerkschaft LV Bayern, Herr **Franz Eckert**, und der Vorsitzende der DJG Bezirksverband Bamberg, Herr **Joachim Freytag**,
- der Vorsitzende des Bayerischen Gerichtsvollzieherbundes, Herr **Raimund Geiger**,
- der Vorsitzende der Bayerischen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer, Herr **Hans-Peter Jakob**,
- der Vorsitzende des Bundes Deutscher Justizbeamten LV Coburg, Herr **Gottfried Schardt**,
- und die Vorsitzenden der Landesverbände des Bundes Deutscher Rechtspfleger, die die weite Anreise nicht gescheut haben,
- Baden-Württemberg, Herr **Martin Haselmayer**,
- Hessen, Herr **Karl-Heinz Fischer**,
- Nordrhein-Westfalen, Herr **Stephan Emmler**,
- Saarland, Herr **Axel Hahn**,
- Sachsen-Anhalt, Herr **Peter Damm**, und
- des Verbandes Sächsischer Rechtspfleger, Herr **Ingo Dolata** und

- des Landesverbands Thüringen, Frau **Barbara Zwickau**.

Seien Sie herzlich willkommen.

Ein Verband schmückt sich mit ausgewählten Persönlichkeiten seiner Standesarbeit. Sie sind ein wesentliches Attribut eines kontinuierlichen Wirkens.

### **Ich begrüße daher zuguterletzt**

- den Ehrenvorsitzenden des BDR, Herrn **Hilmar Schmitt**, und
- die anwesenden Ehrenmitglieder unseres Verbandes, die Herren
- **Karl Weiß**,
- **Walter Schweiger**,
- **Fritz Benl**,
- **Hans Stiglhofer**,
- **Hans Lange**,
- **Lorenz Winkler**, und
- **Peter Herrmannsdörfer**.

Ich begrüße die Vertreter der Medien, alle weiteren Gäste sowie die Kolleginnen und Kollegen.

### **Meine Damen und Herren,**

als Gestalter und Gedankengeber nehme ich künftig nur mehr als Gelegenheitsberater am Verbandsgeschehen teil.

Ich reihe mich in den Kreis der aufmerksamen Beobachter ein.

Jede Zeit hat ihre eigene Gestaltung und ihre Darstellung. Dabei kommt es nicht darauf an, ob man noch richtig singen kann, sondern ob die Art des Gesanges noch Gefallen findet, nicht, ob man noch laufen kann, sondern ob man die anderen noch erreicht.

Im öffentlichen Dienst herrscht ja in besonderem Maße eher die Anschauung, dass man durch Erreichen einer Altersgrenze von heute auf morgen seine Kompetenz verliert.

Dementsprechend sollen jüngere, aktive Kolleginnen und Kollegen künftig die Verbandsgeschicke leiten und mit neuem Geist erfüllen.

Auch ein Berufsverband muß von Zeit zu Zeit seine Marschrichtung überprüfen. Es ist Zeit zu gehen, bevor Zweifel an der Richtigkeit des Weges aufkommen.

Ich habe mir Mühe gegeben, das Richtige zu tun.

Die Beurteilung eines Wirkens erfolgt durch andere, wenn man abgetreten ist.

### **Neulich im Hauptausschuss des BBB**

Seit 4 Jahren nehme ich mit den Kollegen Detter und Herrmannsdörfer an den jährlich 1-2 mal stattfindenden Sitzungen des BBB-Hauptausschusses teil.

Und was soll ich sagen, es war mal wieder aufschlussreich! Sie fragen warum?

Nun ja, einmal weil der Vorsitzende des BBB, Rolf Habermann ein ausgezeichnete Redner ist, der in seinen Referaten zur aktuellen Lage des öffentlichen Dienstes auch in Anwesenheit eines bayerischen Staatsministers kein Blatt vor den Mund nimmt, die Dinge beim Namen nennt und man ihm abnimmt, dass er sich nicht bloß gut verkaufen will, sondern es ihm mit Herzblut um die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen geht

Darum ist der Zeitpunkt des Führungswechsels jetzt fällig gewesen.

Meine Rede auf dem Delegiertentag in Ansbach vor 4 Jahren habe ich - der Zeit voraus - mit dem Anfang von Schillers „Don Carlos“ beendet.

Im Schillerjahr 2005 ende ich mit einem Zitat aus dem „Fiesco“:

**„Der Mohr hat seine Arbeit (Schuldigkeit) getan, der Mohr kann gehen.“**

Ich bedanke mich bei allen, mit denen ich zusammenarbeiten durfte und für Ihre Geduld, mir heute noch einmal zuzuhören.

und er keineswegs gewillt ist, die Flinte ins Korn zu werfen.

Zum anderen, weil jedes Mal ein Mitglied der bayerischen Staatsregierung, i.d.R. der Bayerische Staatsminister der Finanzen, auf die Rede des BBB-Vorsitzenden erwidert und man an der Art der Erwidern leicht ablesen kann, wie es um den öffentlichen Dienst in Bayern steht.

Auch diesmal kam wieder Prof. Dr. Kurt Faltlhauser. Und wie zu erwarten war stellte er die rigide Sparpolitik der Bayerischen Staatsregierung, vor dem Hintergrund täglicher Schuldzinszahlungen von Bund, Ländern und Kommunen i.H.v. 200 Mio. €, als unumgänglich und moralische Verpflichtung gegenüber unseren Nachkommen dar.

Er selbst, so wörtlich, habe zwar auch 30 Jahre die Hand gehoben, wenn um eines Kompromisses willen

die Neuaufnahme von Schulden beschlossen wurde, dies sei aber nun nicht mehr zu ändern und so rufe er nun die Anwesenden auf, die alternative bayerische Sparpolitik zu unterstützen. Sollte aber jemand eine

bessere Idee haben, so wäre er jederzeit offen dafür.

Aufschlussreich, nicht wahr ?

Dieter Santl

### **Unterschriftenaktion des Verbandes ein voller Erfolg**

Knapp 4.000 Unterschriften gegen die Übertragung nachlassgerichtlicher Tätigkeiten auf die Notare konnten Mitglieder des Vorstandes unter der Leitung des Vorsitzenden Gerhard Detter dem sichtlich beeindruckten Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz, Herrn Ministerialdirektor Klotz und Herrn Ministerialdirigenten Werndl am 12.07.2005 übergeben.

Die in nur wenigen Wochen im Einvernehmen mit der Bayerischen Justizgewerkschaft durchgeführte Aktion belegt damit eindrucksvoll die breite Ablehnung dieser von der Bayerischen Staatsregierung geplanten Aufgabenübertragung.

In einem nachfolgenden kurzen Gespräch nutzte Kollege Detter die Gelegenheit, die bekannte Position des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger erneut darzulegen und appellierte an das Bayerische Staatsministerium der Justiz von der zu erwartenden Öffnungsklausel keinen Gebrauch zu machen. Ministerialdirektor Klotz verwies auf die politischen Vorgaben der Bayerischen Staatsregierung versicherte aber die Problematik in seiner Rede auf dem bevorstehenden Delegiertentag des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger aufzugreifen.

Der Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V. bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die mit ihrer Unterschrift die Aktion aktiv unterstützt haben.

### **Prüfungsjahrgang 2005 - die Rechtspflegeranwärter des OLG-Bezirks Bamberg**

Im Bild sind 31 Rechtspflegeranwärter des Einstellungsjahrgangs 2002 des OLG-Bezirks Bamberg zu sehen die im August 2005 zur Rechtspflegerprüfung angetreten waren. Ihnen und allen weiteren Prüflingen des Einstellungs-



jahrgangs 2002 drücken wir die Daumen und wünschen ihnen einen erfolgreichen Abschluss.

## **Diverses**

- Amtswechsel beim Landgericht Augsburg: Der bisherige Landgerichtspräsident Ingo Hayduk wurde in den Ruhestand verabschiedet. Zum 1. Juni 2005 wurde sein Nachfolger der bisherige Direktor des Amtsgerichts Schwabach Dr. Meinhard Meinel in sein Amt eingeführt.
- Die 76 bayerischen Gesundheitsämter führten im Jahr 2004 insgesamt 9 444 amtsärztliche Einstellungsuntersuchungen für den Staatsdienst durch. Davon konnte 459 Bewerbern keine gesundheitliche Eignung bestätigt werden.
- Vom 16. – 18. 11. 2005 findet in der evangelischen Akademie Bad Boll ein Seminar für Rechtspfleger und Rechtspflegerinnen statt mit dem Thema: Große Justizreform, Auswirkungen auf Rechtsuchende und Rechtspflege. Nähere Informationen unter [www.ev-akademie-boll.de](http://www.ev-akademie-boll.de)

## **Impressum**

- ◆ Herausgeber: Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München

<http://www.rechtspflegerverband-bayern.de>

- ◆ Schriftleiterin und verantwortlich für den Inhalt:

Daniela Woite, Amtsgericht München, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, daß sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.